

Wolfswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 12. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschüttle, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Anzeigenpreis: 1/4 Seite 3,75, 1/2 Seite 7,50, 1/3 Seite 15.—, 1/6 Seite 30.—, 1/8 Seite 60.—, 1/16 Seite 120.—, 1 ganze Seite 240.—. Platin. Familienanzeigen und Stellenangebote 2 1/2 % Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 e ralteine mm Seite 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postkonten B. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Bereitschaft zur Verfassungsrevision

Die Konferenz beim Staatspräsidenten — Verfassungsrevision mit dem Sejm — Die Erklärung der Parteiführer Switalski kommt als Ministerpräsident nicht in Frage — Bartel wieder in Warschau

Warschau. Die angekündigte Konferenz der Parteiführer beim Staatspräsidenten hat gestern stattgefunden. Neben den einzelnen Parteiführern nahmen an der Konferenz der Ministerpräsident Switalski und der Justizminister Car teil. Die Konferenz wurde vom Staatspräsidenten eröffnet. Der Staatspräsident erklärte, daß er den Ministerpräsidenten eingeladen habe und wünscht, daß der Ministerpräsident die Konferenz leite, damit der Staatspräsident die Möglichkeit habe, die Diskussion ungehindert anzuhören. Der Justizminister Car wurde zu der Konferenz deshalb eingeladen, weil er früher Chef der Zivilkassette und Berater in Verfassungsfragen war und diese Konferenz ist der Verfassungsfrage gewidmet.

Die Aufregung über die letzten Vorgänge hat sich noch nicht ganz gelegt, doch hofft der Staatspräsident, daß die Situation sich bessern wird, wenn auch nicht durch diese Konferenz, was aber durch den gemeinsamen Willen allmählich erzielt werden kann. Als der erste Schritt dazu wäre die Abänderung der Verfassung, was aber nicht so leicht vor sich gehen dürfte. Auch die Anschauungen müssen einer Revision unterzogen werden. Erfolgt die Abänderung der Verfassung, dann werden auch die Gerichte über Verfassungsbruch und der Aufstrotzung der Verfassung verstummen und von der anderen Seite wird auch

vom Generalstreik und Revolution nicht mehr geredet. Sollten aber solche Gerüchte austreten, so wird ihnen niemand Glauben schenken. Der Staatspräsident äußerte noch die Ansicht, daß nach einer Abänderung der Verfassung, kann zwischen Sejm und Regierung ein harmonisches Zusammenarbeiten hergestellt werden, über welches uns das Ausland beneiden wird. Der Staatspräsident fügte noch hinzu, daß er die Sejmabgeordneten nicht etwa deshalb eingeladen habe, um ihnen das zu sagen, sondern auch um sie zu bitten, den Versuch zu unternehmen, über die Verfassungsfrage zu diskutieren. Es kann noch nicht gesagt werden, daß die heutige Konferenz die Eröffnung der Diskussion im Sejm bilden wird. Der Staatspräsident hat in den Einzelunterredungen sich über die Anschauungen orientiert und jetzt will er sich noch über den weiteren Verlauf der Dinge informieren.

Bartel wieder in Warschau

Warschau. Wie Abendblätter berichten, soll der frühere Ministerpräsident Bartel am Mittwoch früh erneut in Warschau eingetroffen sein. Ob seine Warschau-Reise mit der Kabinettsbildung im Zusammenhang steht, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen.

Englands Schicksalsfrage

Immer wieder die Kohle!

Nicht nur die deutsche Reichsregierung, auch die englische Arbeiterregierung durchlebt jetzt kritische Tage. Man hat gemerkt, daß die großen außenpolitischen Erfolge Hendersons und MacDonalds die Regierung nicht vor Stürmen bewahren würden, sobald es galt, in den schweren Fragen der englischen Innenpolitik mit praktischen Vorschlägen vor das Parlament zu treten. Diese heimischen Sorgen, die, seit Jahren ungelöst, auf England lasten, seine Wirtschaft bedrücken, seine Politik beherrschen, sind die Arbeitslosigkeit und die Kohle.

Die Arbeitslosenversicherungsdebatte, die nichts als eine Abschlagszahlung auf eine künftige gründliche Neuordnung sein will, ist in endlosen Debatten, die die Leidenschaften tief erregt haben und selbst einen Teil der Arbeiterpartei zeitweilig gegen die Regierung aufbrachten, halbwegs unter Dach und Fach gekommen; Margret Bondfields, der Arbeitsminister hat in diesen wochenlangen Kämpfen eine ebenso bemerkenswerte wie undankbare Arbeit vollbracht. Englische Zeitungen schildern die Leistung dieser kleinen, zarten Frau, die in tagelangen Stürmen unentwegt auf ihrem Platze saß, immer wieder eingreifend, beschwichtigend und verteidigend, das ungewohnte Bild einer Frau, die sich von der Regierungsbank über den berühmten „Tisch des Hauses“ lehnt und sich dabei auf ihre dreißigjährige gewerkschaftliche Erfahrung beruft. . . . Kaum ist das vorüber, steht eine neue schwere Frage herauf: das Kohlenproblem.

Es ist Englands Schicksalsfrage seit Jahren. Die großen Kämpfe nach Kriegsende, die um die Sozialisierung des Bergbaues geführt wurden; der unbefriedigende Ausgang des großen Streiks im Jahre 1921; die Niederlage der Bergarbeiter nach dem Generalstreik im Jahre 1926; das fürchterliche Elend der schwarzen Dörfer im kalten Winter des vorigen Jahres — warum das alles? Weil Englands Schicksal mit Englands Kohle verbunden ist. England wurde groß und mächtig, England stieg zur industriellen Vormacht Europas, zur stärksten kapitalistischen Weltmacht empor, als die Kohle, die Dampfkraft, die kapitalistische Produktion beherrschte. England ging in den Krieg, als Deutschland ihm die Vormachtstellung in Industrie und Handel streitig machen wollte, besiegte Deutschland, verlor seine Flotte — und sah sich am Tage nach dem Siege um seine Früchte betrogen, hatte den europäischen Konkurrenten auf die Knie gezwungen und einen viel stärkeren, viel gefährlicheren Konkurrenten groß gemacht: Amerika. Denn unterdessen war die Kohle durch Erdöl und Elektrizität entthront worden, wird Eisenbahn und Dampfschiff durch Auto und Flugzeug bedrängt — und Englands Kohle wird zu Englands Sorge, Englands Machtgrundlage wird zu Englands Lebensproblem.

Die ganze innere Politik des Landes dreht sich seit einem Jahrzehnt um die Anpassung seiner Wirtschaft an die neuen Verhältnisse des Nachkriegskapitalismus insbesondere im Kohlenbergbau. Kämpfe, Vorschläge, Versuche ohne Zahl, gewaltige Streiks und Aussperrungen, die unerhörte Opfer forderten, staatliche Untersuchungskommissionen, die bedeutende Reformpläne ausarbeiteten, das Experiment der Staatszuschüsse für den wichtigsten Wirtschaftszweig, das die britischen Steuerzahler viele Millionen Pfund kostete; sie folgten einander in unentnennbarer Kette, aber sie alle haben bisher keine Lösung gebracht. Sie alle scheiterten an der Tatsache, daß hier wohl wie an einem weltgeschichtlichen Schulbeispiel die Reformbedürftigkeit des kapitalistischen Produktions vor den Augen der ganzen Welt aufgeworfen war — daß aber gerade der alte, mächtige Grubenkapitalismus in dem ältesten und mächtigsten Kohlenland der Welt, mit verbissener Zähigkeit an seinen veralteten Methoden festhielt und lieber das Land zugrunde gehen ließ, ehe er nachgab. Hier war die Krise des Kapitalismus offenkundig — aber es dauerte ein Jahrzehnt und es kostete unzählige Opfer an Menschenglück und Wirtschaftsgut, ehe der Kapitalismus so weit war, selber die Notwendigkeit der Reorganisation zuzugeben.

Nun geht die englische Arbeiterregierung an einen neuen Lösungsversuch heran. Der Gesetzentwurf zur Reorganisation des Bergbaues, den sie vorlegt, ist gewiß nur ein sehr vorläufiger und sehr bescheidener Schritt zur Neugestaltung der englischen Kohlenwirtschaft. Seine Vorschläge bewegen sich auf zwei Linien:

Nach dem letzten großen Kampf im Bergbau, in dem auf beiden Seiten die stärksten Mittel eingesetzt wurden — von den Arbeitern abgerufen im Generalstreik, von der Bourgeoisie unbedenklich und brutal, mit aller Macht des Staates und der konservativen Parlamentsmehrheit — hatten die Grubenherren zum letztenmal versucht, dem Zwang zur Reorganisation zu entkommen,

Die Erklärung der Parteiführer

Erweiterung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten?

Warschau. Nach der Ansprache des Staatspräsidenten ergriffen die Parteiführer das Wort. Als erster sprach der Abgeordnete Niedziakowski (P.S.) und gab im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß die Partei jederzeit bereit ist, dem Rufe des Staatspräsidenten zu folgen. Im Verlauf der weiteren Ansprache erklärte Niedziakowski und auch die übrigen Parteiführer, daß sie bereit sind, an der Abänderung der Verfassung mitzuarbeiten. Alle Redner sprachen sich für die Abänderung der Verfassung aus und zwar im Sinne einer Erweiterung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten.

Hierauf sprach dann der Ministerpräsident Switalski. Er gab die Erklärung ab, daß die Regierung zu dem Verfassungsentwurf des B.-Blods keine Stellung genommen habe und nur einzelne Minister dazu ihre Ansicht äußerten. Der Ministerrat hat sich mit dem Verfassungsentwurf überhaupt nicht befafzt, weil er der Anschauung war, daß er dadurch die Situation im Sejm nur verschärfen könnte. Die Regierung hat auch eine

außerordentliche Sejmssession nicht einberufen, weil die Stimmung nicht danach war über Verfassungsfragen zu beraten. Der Czernowiczprozeß hat die Lage nur noch verschärft. Der Sejm hätte die Einberufung der außerordentlichen Sejmssession verlangen können und die Regierung hätte daraus die Konsequenzen gezogen.

Die Konferenz, insbesondere die Erklärungen des Staatspräsidenten und das angeschnittene Thema, brachte eine allgemeine Ueberraschung. Allgemein wurde angenommen, daß über die Regierungskrise gesprochen werde, was nicht der Fall war, da diese Frage nicht als Beratungsgegenstand behandelt wurde. Ferner ist festgestellt worden, daß die Regierung sich mit dem Verfassungsentwurf des B.-Blods überhaupt nicht befafzt hat, mithin den Entwurf auch nicht gebilligt haben konnte. In den politischen Kreisen überwiegt die Meinung, daß die Konferenz wesentlich zur Entspannung der Lage beitragen wird. Auch steht bereits fest, daß Switalski die neue Regierung nicht bilden wird.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen wieder unterbrochen

Keine Einigungsmöglichkeit über das Schweinekontingent — Neue Verhandlungen erst im Januar

Berlin. Die Schwierigkeiten, die sich in letzter Zeit in den deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen ergeben haben, haben jetzt dazu geführt, daß eine Stockung eingetreten ist. Es ist jetzt, wie übrigens auch die polnische Presse übereinstimmend meldet, damit zu rechnen, daß eine Weihnachtspause in die Verhandlungen eingeschaltet wird, und daß diese erst im Januar wieder aufgenommen werden. Die Erwartung, daß der Vertrag noch im Laufe dieses Jahres zustande kommt, scheint also hinfällig geworden zu sein. Die Schwierigkeiten bestehen unverändert in der Schweinefrage. Bekanntlich hatten die Polen Beforgnis, daß das ihnen zugesicherte Schweinekontingent von 200 000 Doppelzentner von den deutschen Konservenfabriken nicht völlig abgenommen werden könnte, so daß sie eine Vierzehntelung lebender polnischer Schweine an deutsche Seegrenzschlachthäuser forderten. Die Schwierigkeit war nun die, daß solche in den Seeschlachthäusern geschlachteten Schweine naturgemäß auf den deutschen freien Marktpreis gedrückt hätten. Die deutsche Delegation hat daraufhin versucht, die Möglichkeit zur weiteren Ausfuhr der an die Seegrenzschlachthäuser gelieferten lebenden polnischen Schweine zu verwickeln und über diesem Wunsche sind die neuen großen Schwierigkeiten entstanden, die jetzt zu einer Stockung geführt haben.



Ein neuer Weltrekord im Entfernungsflug

den bisher Italien hielt, wurde von den französischen Fliegern Costes (links) und Codos (rechts) aufgestellt.

Sozialdemokratische Mehrheit in Bern

Bern. Am Sonntag wurde die Hälfte der Berner Stadtverordnetenversammlung neu gewählt. Die Wahl führte zu einer absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie.

Frankreich traut Locarno nicht

So rüstet man „ab“ — Milliarden-Beträge für die Verteidigungsorganisation der französischen Grenzen gefordert

indem sie die ganze Last der Krise des Kapitalismus auf die Schultern der Arbeiter luden. Alles Alte und Schlechte der veralteten Betriebsweise, an dem der englische Bergbau zugrunde geht — die technische Rückständigkeit, die Unergiebigkeit der kleinen Gruben, die mörderische Konkurrenz —, sollte bleiben; dafür wurden die Löhne herunter- und die Arbeitszeit hinaufgesetzt. Hier bringt nun der neue Entwurf die erste Abhilfe: die Arbeitszeit wird wieder um eine halbe Stunde verlängert und der gefährlichen Zerreißung und Zersplitterung aller gewerkschaftlichen Errungenschaften und Aktionsmöglichkeiten durch die bezirksweise Regelung von Lohn und Arbeitszeit wird durch die Errichtung eines Reichslohnamtes — das freilich nur eingreift, wenn der bezirksweise Abschluß eines Kollektivvertrages scheitert — ein Riegel vorgeschoben.

Grundsätzlich noch wichtiger, wenngleich praktisch noch unbefriedigender, ist der zweite Teil der Reform: die zwangsweise Zusammenfassung aller Bergbauunternehmungen in jedem Bezirk zu einem Kartell und dieser Bezirkskartelle zu einem Reichssyndikat, das jedem Bezirk seinen Anteil an der Erzeugung vor schreibt, der dann vom Bezirkskartell wieder auf die einzelnen Unternehmungen aufgeteilt wird. Diese Zwangsorganisation hat also die Möglichkeit, die Preise zu regulieren, sie kann auch Preisbegünstigungen zum Beispiel für Exportkohle festlegen. Es ist zulässig, daß eine Unternehmung den einer andern zugeprochenen Anteil an der Erzeugung aufkauft und sich übertragen läßt: auf diese nicht ganz unbedenkliche Weise soll die Zusammenlegung der Gruben gefördert werden, indem die ertragsreicherer die unwirtschaftlicheren aufkaufen und stilllegen. In der Leitung der Zwangsorganisation — die sich nicht auf den Kohlenhandel erstreckt — sind nur die Unternehmer vertreten; zum Schutz gegen Preiswillkür wird in jedem Bezirk ein Ausschuß eingesetzt, der aus je einem Vertreter der Grubenbesitzer, der Bergarbeiter, zwei Vertretern der Verbraucher und einem Vorsitzenden besteht; die Aufsicht über die ganze Organisation liegt in den Händen des Handelsministeriums, das auch das Recht hat, die Anordnungen für einen Bezirk aufzuheben und durch seine eigenen zu ersetzen. Es ist, wie man sieht, nichts anderes als die gesetzliche Einführung einer modernen kapitalistischen Organisation an Stelle einer unbrauchbar veralteten: der Weg zur Vergesellschaftung des Bergbaues wird hier sehr vorsichtig damit eröffnet, daß man zunächst den Kapitalismus selbst zur planwirtschaftlichen Organisation des Wirtschaftszweiges zwingt, die die unentbehrliche Voraussetzung jener künftigen Gemeinwirtschaft ist. Das Bemerkenswerte aber ist, daß zum erstenmal in der langen Geschichte der Kämpfe um den englischen Bergbau die Unternehmer dieser Reorganisation zugestimmt haben: sie, die noch vor zwei Jahren nichts von Reformen wissen wollten, die alle Uebel stets mit niedrigerem Lohn und längerer Arbeitszeit allein bürrieren wollten — sie haben sich selber überzeugt, daß auch ihr Sieg nach dem Generalstreik eine falsche Rechnung war, und sie sind nun, wenngleich nur mit dieser Mühe und mit großen Zugeständnissen dazu gebracht worden, die gesetzliche Einführung des organisierten Kapitalismus im englischen Bergbau zu begrüßen.

Diese Zuteilung des neuen Gesetzes und die besondere Bedeutung jedes der beiden Teile bestimmt auch die Aufnahme, die er bei den englischen Parteien findet, und die merkwürdige parlamentarische Lage, in die die Regierung bei der Beratung des Entwurfs zu geraten droht. Die Arbeiterpartei sieht die Maßnahmen für die Bergarbeiter als notwendige Abschlagszahlung an, sie betrachtet die Kartellierung als eine zwar sehr ungenügende Vorbereitung zur Sozialisierung, aber immerhin als die Beseitigung der altkapitalistischen Anarchie und Konkurrenz, die sich gerade in diesem Wirtschaftszweig so verhängnisvoll lang behauptet haben. Die Konservativen sind gegen die Maßnahmen für die Bergarbeiter, aber für die Kartellierungsvor schläge, denen die Unternehmer zugestimmt haben.

Die Liberalen sind umgekehrt für die Verkürzung der Arbeitszeit und das Reichslohnamt, aber gegen die Zwangsorganisation, die ihnen als unzulängliches Kompromiß zwischen Nationalisierung und Unternehmensfreiheit und als Gefährdung der Verbraucher erscheint. Die entscheidende Abstimmung bei der zweiten Lesung im englischen Parlament erfolgt auf Grund von Währungsanträgen, die die Oppositionsparteien einbringen: es ist nun möglich und hängt von dem Wortlaut dieser Währungsanträge ab, daß die Opposition der beiden bürgerlichen Parteien, da jede auf das andre und Entgegengesetzte gerichtet ist, sich gegenseitig aufhebt.

Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß eine der beiden Parteien den Mut aufbringt, die Arbeiterregierung jetzt schon zu stützen: dies würde die sofortige Auflösung und Neuwahl bedeuten — und wahrscheinlich würde die Arbeiterpartei aus der Wahl mit einer absoluten Mehrheit wiedertreten. Deshalb wünschen die Konservativen nichts weniger als eine Neuwahl im gegenwärtigen Augenblick; und deshalb suchen beide bürgerlichen Parteien nach irgendeinem Ausweg aus der Situation, bei dem sich den andern die Schuld zuschieben ließe... Bringt aber die Arbeiterregierung das Bergbaugesetz vor den Weihnachtsferien über die Klippen — dann ist sie für Monate hinaus gesichert. Denn nach Weihnachten folgen zunächst außenpolitische Verhandlungen — die Seeabrüstungskonferenz, die zweite Haager Konferenz —, während welcher keine Partei jemals die englische Regierung stützen wird; dann folgt das Budget, das einzubringen und zu vertreten das traditionelle Recht jeder englischen Regierung ist. Die Entscheidung drängt sich also in den wenigen Tagen bis Weihnachten zusammen; und daß es gerade das Bergbaugesetz ist, an dem sich auf Jahre hinaus das wirtschaftliche Lebensproblem des Landes, aber auch auf Monate hinaus das politische Geschick der Arbeiterregierung entscheidet, macht die Ordnung der Kohle in jedem Sinne zum Gesetz des englischen Schicksals.



Geheimrat Galle

Der höchste Beamte beim Reichstag in Berlin, beging am 18. Dezember seinen 60. Geburtstag.

Paris. Die französische Regierung hat am Montag im Kammerbüro einen Gesetzentwurf zur Eröffnung von Krediten für die Verteidigungsorganisation der Grenzen niedergelegt. In der Begründung wird festgestellt, daß die Notwendigkeit, schon zu Friedenszeiten eine Verteidigungsorganisation der Grenzen zu schaffen, nicht mehr nachgewiesen zu werden braucht und daß es unerlässlich sei, alle Maßnahmen zu treffen, um den Feind daran zu hindern, auf französischem Boden einzufallen und zu Anfang der Feindseligkeiten seine Hand auf den Bergwerks- und Metallreichtum zu legen, der in der Nähe der Grenzen liegt, sowie auf die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte. Es sei also unerlässlich, daß die Truppenverteidigungsorganisationen vorfinden, die mit Waffen und Munition versehen seien, desgleichen mit möglichst schnell verwendbaren Flugzeugen und Materialien. Ferner

müsse man daran denken, daß das Land Massenflieger-Angriffen ausgesetzt werden könne. Das zur Luftverteidigung erforderliche Programm stelle sich auf 400 Millionen Franken, die Kosten für die Grenzverteidigung ergeben 2 900 000 000 Franken. Die Regierung fordert vom Parlament die Bewilligung beider Ausgaben für die Jahre 1930 bis 1934 bereits jetzt, weil das Programm in diesem Zeitraum nicht ausgeführt werden könnte, wenn die Heeresverwaltung verpflichtet wäre, die Ausgaben in jährliche Abschnitte zu zerteilen. Die Regierung schlägt ferner vor, bereits jetzt für die Durchführung der Arbeiten eine Milliarde aus den verfügbaren Mitteln des Haushaltes von 1929 zu entnehmen. Dieser Betrag werde auf das kommende Jahr vorgetragen werden und es der Heeresverwaltung ermöglichen, die Arbeiten schneller durchzuführen.



Amerikas neuer Botschafter in Paris

Senator Edge (rechts), ist an der Stelle seiner neuen Wirksamkeit eingetroffen und hat sogleich dem Außenminister Briand (links) seinen Antrittsbesuch gemacht. — Im Hintergrunde der Chef des Protokolls des französischen Außenministeriums, de Fouquieres (links), und der erste Attache der Pariser amerikanischen Botschaft, Norman Armour.

Macdonalds Unterhausbesuch

Das Arbeitslosengesetz angenommen.

London. Im Unterhaus wurde die Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz in dritter Lesung angenommen, die Jugendliche in die Arbeitslosenversicherung mit einbezieht. Das Gesetz bringt Mehrausgaben in Höhe von 14 Mill. Pfund Sterling mit sich.

Die holländischen Sozialisten verlangen Abrüstung

Amsterdam. Anläßlich der Beratung des Haushaltes des Verteidigungsministeriums in der zweiten Kammer wurde von sozialdemokratischer Seite die Abrüstung nach dänischem Vorbild gefordert. Der sozialistische Abgeordnete Teer Laan beantragte u. a. das jährliche Rentebudget schon von 1930 an beträchtlich zu verringern, um zu baldiger Abrüstung zu gelangen. Der Abgeordnete van Zadelhoff (Soz.) forderte die nationale Abrüstung als das entscheidendste Mittel zur Förderung der internationalen Abrüstung. Die Regierung hat sich zu den Anträgen bisher nicht geäußert.

Ein russisch-türkischer Freundschaftsvertrag abgeschlossen

Konstantinopel. Am Dienstag um 15 Uhr wurde in Angora ein russisch-türkischer Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Da der Wortlaut noch nicht veröffentlicht wurde, ist es nicht bekannt, ob die türkische Regierung die Regelung der Handelsstreitigkeiten durchsetzen konnte.

Die Wahrheit darf nicht nach Italien

Der Rechtsanwalt Bertini wurde vom Sondergericht zu zehn Jahren und 9 Monaten Gefängnis verurteilt und für weitere drei Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt. Bertini wurde 1925 zum Zwangswohnort verurteilt, worauf er ins Ausland flüchtete. Er errichtete in Nizza eine Radstation, die antisowjetische Nachrichten verbreitete. Er wurde wieder verhaftet, als er vor 6 Monaten mit falschem Paß nach Italien kam.

Von Hoersch bei Briand

Paris. Außenminister Briand empfing den deutschen Botschafter von Hoersch, mit dem er eine Unterredung über die Vorbereitung der zweiten Haager Konferenz hatte. Briand hatte kurz vorher den englischen Botschafter Lord Tyrrell empfangen, mit dem er sich über die zweite Haager Konferenz und über die Londoner Flottent Konferenz unterhielt.

Deutschnationale verschaffen den Polen Mandate

Im Freistaat Danzig gebürden sich die Deutschnationalen, wie überall, ebenfalls als die wahren Retter des Deutschtums. Trotzdem gingen sie am letzten Sonntag bei den Gemeindevahlen mit den Polen fast überall Vitenverbindungen ein. Auf diese Weise wurde den Polen in Posen durch die deutschnationalen Resstimmen ein Mandat mehr und dadurch die Mehrheit in der Gemeindevverwaltung zugesichert. Der neue polnische Gemeindevorsteher ist damit als Gemeindevorsteher von deutschnationalen Gnaden zu betrachten.

Dieses Beispiel für deutschnationale Theorie und Praxis gewinnt angesichts der unerschämten Ausführungen des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Quack in der Freitagssitzung des Reichstags noch besonders an Reiz. Und so sieht der „Nitt“ nach dem Osten aus.

Flamen gegen Wallonen

Flämische Nationalisten im Straßenkampf gegen Flamengegner.

Brüssel. In der Montagnacht fanden in Antwerpen heftige Zusammenstöße zwischen flämischen Nationalisten und Mitgliedern der flamensfeindlichen nationalen Legion statt, die an einer Versammlung teilgenommen hatten. Die flämischen Nationalisten griffen eine Gruppe Legionäre, die von Brüssel gekommen waren und wieder nach dem Bahnhof wollte, an. Es tobte eine wahre Schlacht, die sich auch auf dem Bahnhof noch fortsetzte, wo es den Legionären gelungen war, sich in einen Eisenbahnwagen des Brüsseler Juges zu verschließen. Die Fensterhebel des Wagens wurden mit Stöcken eingeschlagen. Auch Revolvergeschosse ertönten. Der Polizei gelang es, den Streit zu schlichten, der in der Stadt seine Fortsetzung gefunden hatte. Es gab mehrere Verwundete auf beiden Seiten. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Das Mellon-Bergener-Abkommen angenommen

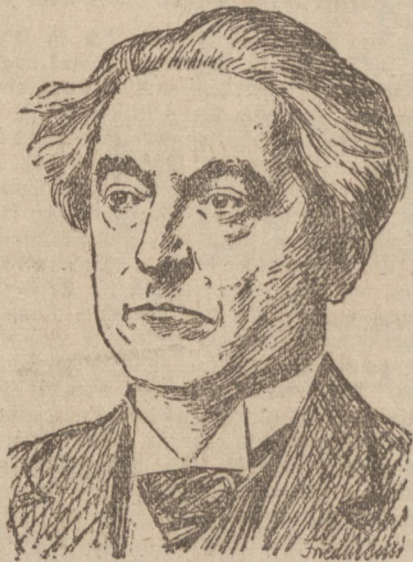
Das Gesetz von Hoover unterzeichnet.

Berlin. Wie ein Berliner Blatt aus Washington meldet, ist das Mellon-Bergener-Abkommen über die Fundierung der französischen Schulen in Amerika am Dienstag nach kurzer Aussprache von beiden Häusern des Kongresses angenommen und das Gesetz vom Präsidenten Hoover unterzeichnet worden.

65 Bergarbeiter eingeschlossen

Schweres Grubenunglück in den Vereinigten Staaten.

New York. Durch eine riesige Schlagwetterexplosion wurden in einer Kohlengrube bei Mac Miller (Oklahoma) 65 Grubenarbeiter 1230 Meter unter der Erde eingeschlossen. Die Ausgänge sind versperrt. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange. Bisher wurde ein Toter und zwei Verwundete geborgen. Die Hoffnung auf die Errettung der übrigen ist gering.



Der Träger des Rathenau-Preises

Der — von der Walter-Rathenau-Gesellschaft gestiftet — jetzt zum erstenmal verliehen wurde, ist der schlesische Dichter Hermann Stehr.

In der Puppenhülle

Eines Tages fiel mir ein, auch einmal Lehrerin zu spielen. Ich dachte nach. — Ach, ich nehme alle Puppen und setze alle groß und klein zusammen, so werden sie schon lernen. Jetzt holte ich die größte und fragte sie: „Na Dächen, wie heißt du denn?“ „Wal — Walli.“ So und du? Ach das ist ja ein Bär. „Nun, ich heiße auch Teddi-Brummbär.“ Ha — ha lachten alle. Wie heißt du? „Grete.“ „Das ist ein hübscher Name! Und du Kleinsten?“ „Ach, das habe ich schon wieder vergessen!“ „Na du bist ja ein Dummkopf.“ So fragte ich noch die drei Kleinsten, die die dümmsten waren. Jetzt schenkte ich allen ein kleines Schreibheft, das ich selbst gemacht hatte. Ich schrieb das „i“ vor und sagte dabei: „Wer das i am besten schreibt, kriegt eine 1.“ So gaben sich alle Mühe und schrieben eine ganze Reihe i. Grete schrieb am besten und bekam die 1. „So, wer kann ein schönes Gedicht auftragen?“ Da meldete sich der Teddi und sprach: „Ich bin klein, mein Herz ist rein, meine Nase ist schmutzig, ist das nicht puhig?“ Ich holte eine Klingel und dimmelte. „So, jetzt könnt ihr nach Hause gehen, und schreibt schön das i. Morgen könnt ihr wiederkommen!“ So war meine Arbeit als Lehrerin nun beendet, aber es hat doch Spaß gemacht.
Hedwig Janell, 11 Jahre.

Die Arznei.

Eine ganz arme Frau kommt zum Arzt. „Woran fehlt's denn, liebe Frau?“ — „Ich habe seit längerer Zeit keinen Stuhlgang, Herr Doktor!“ — „Na, dann schreibe ich Ihnen hier ein Pulver auf, das nehmen Sie zu einem Glas Wasser — und morgen kommen Sie wieder.“

Am andern Tag: „Nun, hat's geholfen?“ — „Nein, leider nicht.“ — „Dann nehmen wir Rizinusöl. Morgens und abends je drei Eßlöffel und übermorgen lassen Sie sich wieder mal seh'n.“

Zwei Tage später: „Herr Doktor, ich habe immer noch keinen Stuhlgang.“ — „Kann? Haben Sie denn auch mein Rezept genau befolgt?“ — „Ja. Aber ich habe hier von jemand ein altes Hausmittel bekommen, das hilft sicher, vielleicht verschreiben Sie mir das mal.“ — Erstaunt liest der Arzt das Rezept: 6 Pfund Brot, 1 Pfund Butter, 1 Pfund Speck, 2 Pfund Wurst, 12 Stück Eier, 1 Hähnchen, 5 Pfund Kartoffeln, 1 Pfund Erbsen, 1 Pfund Bohnen, 4 Pfund Mohrrüben. Morgens, mittags und abends, je nach Appetit.
(„Eulenspiegel“.)

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 408,7.

Donnerstag, 12.10: Konzert. 12.30: Konzert für die Schulkinder. 16.20: Konzert. 17.15: Vortrag. 17.45: Nachmittagskonzert. 19.05: Vorträge. 20.30: Konzert. 21.30: Literarische Stunde aus Posen. 22.15: Berichte. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411.

Donnerstag, 12.05: Schallplattenkonzert. 13.10: Wetterbericht. 15: Handelsbericht. 16.15: Schallplattenkonzert. 17.15: Vorträge. 17.45: Nachmittagskonzert. 18.45: Verschiedene Berichte. 19.25: Schallplattenkonzert. 20.30: Abendkonzert. 20.15: Berichte. 23: Tanzmusik aus Danzig.

Gleiwitz Welle 253.

Breslau Welle 325.

Allgemeine Tageseinteilung.
11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Verlorene und für die Funkindustrie auf Schallplatten. 12.55 bis 13.06: Neuer Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Verlorene und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung. 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Preisnachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonntags und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitanzeige, Wetterbericht, neueste Preisnachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).
*) Außerhalb des Programms der Schlesienschen Funkstunde A-G.

Donnerstag, den 19. Dezember 1929. 9.30: Schulfunk. 16: Stunde mit Büchern. 16.30: Neue Lieder und Tänze. 18: Uebertragung aus Gleiwitz: Volkstunde. 18.15: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeitkuppenbilder aus Oberschlesien. 18.40: Hans



Vom Prozeß gegen die 36 ungarischen Giftmörderinnen

deren aus vier Angeklagten bestehende erste Gruppe am 14. Dezember abgeurteilt wurde. Die Aufnahme zeigt die Verhandlung gegen diese vier Angeklagten (von links): die 44jährige Frau Holnba, die 71jährige Frau Sebestyen, die 60jährige Frau Lipa und die 50jährige Frau Koteles. Frau Lipa wurde zum Tode durch den Strang, die anderen Frauen zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt. Der böse Geist der Giftmörderinnen ist die durch Selbstmord geendete Hebamme Frau Fazekas (im Ausschnitt) gewesen, die den Angeklagten das Gift geliefert hat. In ihrer Speisekammer (rechts) fand man mit Arsen präpariertes Obst und Gemüse, wie sie es den Bauersfrauen für ihre mörderischen Zwecke zu hohen Preisen verkauft hatte.

haus verurteilt. Der böse Geist der Giftmörderinnen ist die durch Selbstmord geendete Hebamme Frau Fazekas (im Ausschnitt) gewesen, die den Angeklagten das Gift geliefert hat. In ihrer Speisekammer (rechts) fand man mit Arsen präpariertes Obst und Gemüse, wie sie es den Bauersfrauen für ihre mörderischen Zwecke zu hohen Preisen verkauft hatte.

Freitag, den 20. d. Mts.: Heimabend.
Sonnabend, den 21. d. Mts.: Zusammenkunft Rote Falken.
Sonntag, den 22. d. Mts.: Aufführung der Bergarbeiter in Lipine.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Freitag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Saale des Zentrals Hotels ein „Märchenabend“ statt. Die Jugend der Kinderfreunde, sowie der Partei- und Gewerkschaftsmittglieder sind hierzu herzlich eingeladen.

Königshütte. Am Mittwoch, den 18. d. Mts., abends 8 Uhr, Vortrag. Als Referent erscheint Gen. Lüttke. Dieser Vortrag ist der letzte in diesem Jahre, weshalb wir um regen Zuspruch bitten. Der nächste Vortragsabend ist am 8. Januar mit Genossen Donsin.

Nikolai. Am Sonnabend, den 21. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr, findet im Lokal Kurpas ein Vortrag des Gen. Schuman statt. Thema: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung hoher Löhne.“ Des interessanten Vortrages wegen wird ersucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Veranstaltungskalender

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz.

Mittwoch, den 18. Dezember: Spielabend.
Donnerstag, den 19. Dezember: Musikabend.
Sonntag, den 22. Dezember: Heimabend.
Alle Veranstaltungen finden im Geniralhotel, Zimmer 15, um 1/8 Uhr statt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Programm D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 18. d. Mts.: Vortrag des Bund für Arbeiterbildung.
Donnerstag, den 19. d. Mts.: Probe.

Związek Pogrzebowy i Dobroczytności z. Z. Katowice

Sterbekassen- u. Wohltätigkeitsverein e. V. Katowice

Zu der am **Sonnabend, den 21. Dezember 1929, abends 6 Uhr** im Saale Powstańców (früher Reichshalle) stattfindenden

Weihnachtsfeier

laden wir unsere Mitglieder sowie deren Ehefrauen herzlichst ein.

Der Vorstand

Eintritt frei jedoch unter Vorweisung des Mitgliedsbuches. Kinder sowie fremde Personen haben keinen Zutritt.



KANOLD

SAHNENBONBONS

von unübertrefflicher Güte

Zu haben in Zuckerwaren-Handlungen

General-Vertreter Jgnacy Spira

Kraków, Poselska 22.

Beyers Mode-Führer

mit Schnittbogen

der 20 der wichtigsten Schnitte enthält

Wieder 2 Bände

Band I

Damenkleidung

Band II

Jungmädchen- und Kinderkleidung

Überall zu haben, (auch außer Nachnahme)



Verlag Otto Beyer, Leipzig, Z.

Weihnachts-Verkauf zu staunend billigen Preisen

Auf alle Waren wie SEIDEN - WOLLSTOFFE - ZÜCHEN - LINON - GEDECKE - TEPPICHE LÄUFER - LINOLEUM - GARDINEN usw. haben wir die Preise zu Weihnachten stark ermäßigt

A. Gotthardt nast.

Król. Kuta, ul. Jagiellańska Nr. 3 (Meitzenstrasse)

Bracia Offner

Król. Kuta, ul. Wolności Nr. 19, Gebäude Kino Apollo